INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 32

11. 11.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50



Nach einer Weile wurde Herr Meins in das Konferenzzimmer hereingetragen auf einer Bahre. Mit einer grauen Decke zugedeckt. Er befand sich auf der Bahre liegend mit geschlossenen Augen, zum Skelett abgemagert. Er hat nicht die Augen offengehabt. Er hat nicht um sich geschaut, um festzustellen wo er hingebracht wird, um sich Orientierung zu verschaffen. Er hat erst die Augen aufgemacht als er abgestellt wurde. Sein Zustand war, für jeden Laien erkennbar, sehr ernst; und ich habe sehr schnell erfahren, daß Herr Meins in Todesgefahr schwebt. Er hat mir seinen Körper gezeigt, wo man in der Tat, das ist der korrekte Ausdruck, nur sagen kann: bis zum Skelett abgemagert. In die Hose hat er sich Toilettenpapier und Papiertaschentücher hineingesteckt, daß die Hose noch hält, daß ihm der Gürtel nicht auf die Knochen und Hüften schneidet. Er hat sich versucht zu konzentriern. Das Gespräch verlief sehr mühsam, er konnte teilweise nur flüstern. Die Bahre stand auf dem Boden, ich lag neben ihm, hab' mein Ohr an seinem Mund gehabt, nur so konnte ich ihn verstehn. Manches Mal hat er sich unter Aufbietung aller Kräfte einen einigermaßen laut gesprochenen Satz abringen können. Die Situation war also für jeden erkennbar, daß Herr Meins in der nächsten Zeit sterben würde. Er selbst verlangte von mir nicht, daß ich die Justizvollzugsanstalt verlasse um sofort einen Arzt zu holen. Ich ha b' den sicheren Eindruck gewonnen, daß er wußte, daß er im Sterben liegt. Der Besuch dauerte zwei Stunden, und wie ich bereits geschildert habe zwei Stunden auch deshalb, weil mir klar geworden ist, daß das sein letztes Gespräch war, und daß er das wußte. Ich hab' die Anstalt dann gegen 15 Uhr verlassen, den Besuch gegen 15 Uhr beendet, weil ich noch alles mögliche, Menschenmögliche unternehmen wollte, damit sofort ein Arzt in die Justizvollzugsanstalt kommt und er einer Intensivbehandlung, einer Rettungsbehandlung unterzogen werden kann. Zwischen 15 Uhr und 15Uhr 15 hab' ich mit dem Sicherheitsbeamten noch geredet unddie Meldung vorgefunden, daß der Leiter der Justizvollzugsanstalt für mich nicht erreichbar war, der stellvertretende Leiter verreist beziehungsweise weggefahren sein sollte, daß der Arzt, der ihn die ganz e Zeit behandelt hat, ihn ermordet hat, daß dieser Arzt vor Montag nicht zurückkommen würde.

Rechtsanwalt Haag

ERKLAERUNG DES RECHTSANWALTS VON HOLGER MEINS

Ich habe heute, Samstag, 9.11.74 den Gefangenen Holger Meins in der Justizvollzugsanstalt Wittlich besucht. Seit 13. 9. 74 befindet sich Holger Meins mit 35 weiteren Gefangenen im Hungerstreik gegen Isolation und Sonderbehandlung, gegen Vernichtungshaft die zum Ziel hat die revolutionäre Identität der Gefangenen zu zerstören. Die Vernichtungshaft wird weiter vollzogen. Holger Meins wiegt weniger als 42 kg, kann nichts mehr essen, kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen

E R S T I R B T

I n h ö c h s t e n s z w e i T a g e n w i r d e r t o t s e i n !

Sie sind für seinen Tod verantwortlich, de[illegible] die Bedingungen der Haft bestimmen sie. Ihre Verantwortung bleibt, auch wenn sie in der Vollzugsanstalt Wittlich anrufen und von dort andere Auskünfte über seinen Zustand erhalten sollten!
Tatsache ist, daß bei Holger Meins die Vernichtungshaft durch langsames Verhungernlassen auf seinen Tod abzielt. Sie wissen seit Beginn des Hungerstreiks, daß dieser enden wird, wenn die Isolation und Sonderbehandlung aufgehoben ist. Sie kennen also ihre Verantwortlichkeit. Lassen Sie sofort einen, der im Schriftsatz der Verteidigung am 6.10.74 benannten Ärzte des Vertrauens zu. Als weiteren Arzt des Vertrauens benenne ich Herrn Christoph Löcherbach.

9. 11. 74 Rechtsanwalt S. Haag

ERKLÄRUNG des für den Tod von Holger Meins mitverantwortlichen Richters Prinzing, die er am 9.11.74 kurz vor Mitternacht abgegeben hat:

Er trage am Tod von Holger Meins ebensowenig Verantwortung wie der 2. Strafsenat. Der Tod von Meins sei b e d a u e r lich, die Vorwürfe gegen die Richter aber völlig deplaciert. Die vom Gericht angeordneten Haftbedingungen seien so gewesen, daß Meins wie jeder andere U-Häftling hätte bei Leben und Gesundheit bleiben können. Dem Senat und der Vollzugsanstalt seien vonseiten der Anwälte k e i n e H i n w e i s e gegeben worden!!!! , die auf einen bedrohlichen Zustand hätten schließen lassen. Davon habe er erst am Samstag erfahren. Er habe sich dann sofort mit der Haftanstalt in Verbindung gesetzt, ohne etwas veranlassen zu können. Nach Ansicht von Prinzing tragen diejenigen Kräfte die Schuld am Tod von Holger Meins, die diesen Hungerstreik durch gezielte Justizkampagnen provozierten.

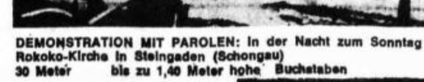
HOLGER MEINS BERICHT ZUR ZWANGSERNÄHRUNG

Seit 3o.9.(12 Tagen läuft hier die Zwangsernährung einmal. findet im Lazarett statt(ist ein I-stoeckiger anbaum am b-fluegel (wie ein wurmfortsatz) ich lieg im a-fluegel 1.stock mitte) - bis zum behandlungszimmer gehe ich so mit'ne eskorte von 5-6 gruenen. die erste woche habe ich verschiedene arten von <u>aktiven widerstand</u> gemacht. punktuell und flexibel. 5-6 gruene, 2-3 sanis, 1 arzt. die gruenen packen, schieben, zerren mich auf nen operationsstuhl. ist eigentlich ne op-tisch mit allen schikanen, dreh-schwenkbar usw, und klappbar zum sessel mit kopffussteil, eine ca.3ocm breiter riemen über die hüfte, linker arm mit 2 breiten lederstücken mit 4 riemen vom handgelenk bis ellenbogen, rechter arm 2 - handgelenk und ellenbogen, ein über die brust. von hinten ein grüner oder sani, der den kopf mit beiden händen um die stirn fest an das kopfteil presst - (beim aktiven kopfwiderstand noch einer rechts und links an die seiten, in die haare bart und um den hals - damit ist der ganze körper fest fixiert, bei bedarf hält dann noch einer knie und schultern. bewegung ist nur muskulaer und "innerhalb" des körpers möglich. die woche ham sie die gurte/riemen sehr festgezerrt, so daß sich z.b. in den händen das blut staute, bläulich anlief usw.)
zwangsernährung: verwendet wird ne roter magenschlauch (also keine sonde), die so ca. mittelfingerdick ist(bei mir zwischen gelenken). der ist goelt, geht aber praktisch nie ohne automatisches würgen rein, da er nur ca. 1-2 mm dünner ist als die speiseröhre (das lässt sich nur vermeiden, wenn mann mitschluckt und ganz ruhig ist) schon bei leichter erregung führt das einschieben des schlauches sofort zu

Leider ist eine Panne passiert! Die Seite 4 ist vorübergehend verschwunden. Wirwerden diese Seite in der nächsten Nummer abdrucken. Stattdessen hier eine Dokumentation der Presseberichte von Montag früh.

SEITE 4





DEMONSTRATION MIT PAROLEN: In der Nacht zum Sonntag Rokoko-Kirche in Steingaden (Schongau) 30 Meter bis zu 1,40 Meter hohe Buchstaben



Abend/11.11.74

Irrsinn als Methode

Günter von Drenkmann war als höchster Repräsentant der Berliner Richterschaft eine Verkörperung von Liberalität und Unabhängigkeit. Er maßte sich nicht an, für jeden und alle zu entscheiden, was zum Nutzen und Frommen ist. Seine Geisteshaltung war gleichermaßen entfernt von einem unreflektierten Konservativismus auf der rechten wie von linkem Ideologie-Fanatismus, der Vielfalt auf den Nenner einer Weltanschauung zu bringen versucht.

Die Schüsse, die Günter von Drenkmann töteten, werden folgenreich sein. Denn mit ihnen ist die Liberalität als eines der wichtigsten Prinzipien für dieses Gemeinwesen hinfällig gemacht worden. Diejenigen haben Auftrieb bekommen, die nach den starken Männern mit ihren eisernen Besen rufen. Die alte Erfahrung wird bestätigt: Extreme schaukeln sich gegenseitig hoch.

Günter von Drenkmann und Holger Meins müssen in einem Atemzug genannt werden. Ihr Sterben ist das Resultat von Aktionen, die aus der Verzweiflung über den Mangel an Resonanz für politische Überzeugungen im Irrsinn enden.

Das Ziel jeder regimefeindlichen Organisation ist es, das Interesse von Massen zu gewinnen. Wenn ihnen das gelingt, kann eine Staatsmacht handlungsunfähig werden, vorausgesetzt, sie will sich nicht jener Mittel bedienen, die kommunistischen und faschistischen Regimen eigen ist.

Das zu erreichen war der Ausgangspunkt für Zusammenschlüsse, für die Andreas Baader und Ulrike Meinhof heute noch die Etiketten sind. Aber die Revolution, die sie planten, fand nicht statt. Ihre Propagandisten blieben vereinzelt, und sie isolierten sich noch mehr, nachdem sie über Gewalt nicht mehr nur redeten, sondern sie auch ausübten.

Selbst im Gerichtssaal, der im 19. Jahrhundert so oft Tribüne öffentlicher und breit wirksamer Agitation war, fand man mit seinen Anklagen gegen das „System" keine Resonanz. Das Engagement des einzelnen stand in einem krassen Mißverhältnis zum Effekt. Das Eingeständnis dieser Tatsache hätte viele der Kämpfer innerlich zerbrechen [illegible] wie der [illegible] Ulrike Meinhof [illegible] fangnetz. Mit ihm wurde das Gefühl der totalen Einsamkeit in einer Zelle gemildert, Solidarität vermittelt und der Glaube gestärkt, weiter im Schützengraben für die „Sache" zu stehen. Die dunkle Perspektive, Jahre seines Lebens hinter Gefängnismauern verbringen zu müssen und eines nicht fernen Tages in Vergessenheit zu geraten, wurde dadurch lichter. Autosuggestion trat an die Stelle von Einsicht in die Realität. Aufsehen konnte erregt werden, und die daraus folgenden Schlagzeilen verstärkten die Selbsttäuschung.

Die Anwälte der Baader-Meinhof-Gruppe haben offenbar den Glauben ihrer Mandanten bestärkt, daß Organisationen, die im Untergrund wirken, ihre Lebenskraft aus der aufopferungsvollen Hingabe ihrer Anhänger beziehen. Wie können sie diese Haltung gegenüber ihrer Pflicht zur Fürsorge rechtfertigen? Wohl nur dann, wenn sie teilhaben an der Überzeugung der von ihnen betreuten Häftlinge. J. E.

B.Z. 11.11.74

Pflastersteine, Feuer-Attentate und klirrende Schaufenster

Terrorwelle in Berlin nach dem Hungerstreik-Tod

Terrorwelle in Berlin nach dem Tod des 33jährigen Anarchisten Holger Meins in der Strafanstalt Wittlich (Eifel).

Meins, dem als führendes Mitglied der Baader-Meinhof-Bande die Mittäterschaft an fünf Morden vorgeworfen wurde, starb am Sonnabend um 17 Uhr nach einem zweimonatigen Hungerstreik.

Als der Tod des 33jährigen in Berlin bekannt wurde, kam es zu einer „Spontan-Demonstration" in der City. Etwa 800 Demonstranten kamen zusammen. Sie beschädigten private Pkws, Polizeifahrzeuge und schlugen Scheiben von Kaufhäusern und anderen Geschäften ein.

Die Polizei setzte Schlagstöcke ein. Dabei wurden 13 Personen, darunter eine Frau, festgenommen, später jedoch wieder entlassen. Fünf Polizisten wurden verletzt.

Nachdem die Demonstration am Kurfürstendamm aufgelöst war, kam es zu mehreren Terroranschlägen.

● 1 Uhr: Vier Scheiben der Sparkasse in der Altonaer Straße 3 in Tiergarten werden eingeworfen. Am Tatort werden Flugblätter gefunden: „Rache für Holger".

● 1.20 Uhr: In der Filiale der Discontobank in der Otto-SuhrAllee 123 werden Scheiben mit Pflastersteinen eingeworfen. „Rache für Holger Meins" steht auf den Flugblättern.

● 1.40 Uhr: In der Invalidenstraße 57 in Tiergarten wird ein mit brennbarer Flüssigkeit gefüllter Benzinkanister nach einem Funkwagen der Polizei geworfen. Er verfehlt das Ziel.

● 2.55 Uhr: In der Bachstraße 1-2 in Tiergarten werden zwei Molotow-Cocktails gegen die Fenster des evangelischen Konsistoriums geworfen. Sie geraten nicht in Brand.

● 4.50 Uhr: Zwei Brandsätze werden auf den Parkplatz der ehemaligen Polizei-Inspektion Schöneberg in der Hauptstraße 45 geschleudert. Es sind Blindgänger.

Auch in Frankfurt und Mannheim kam es zu Ausschreitungen.

In Stuttgart erhoben die Anwälte der Baader-Meinhof-Bande heftige Vorwürfe. Dr. Croissant, Anwalt von Holger Meins: Der 1,85 Meter große Meins habe kurz vor seinem Tod nur noch 42 Kilogramm gewogen und sei trotzdem nicht ins Krankenhaus gebracht worden.

Die Staatsanwaltschaft teilte als Ergebnis der Obduktion lediglich mit: Der Tote hätte weder äußere noch innere Verletzungen gehabt.

Der Vater des Anarchisten, Wilhelm Meins, erklärte, er habe vom Tode seines Sohnes erst aus dem Fernsehen erfahren.

Otto Schily, der Verteidiger von Ulrike Meinhof, behauptete, seine Mandantin sei in Berlin ebenfalls in Lebensgefahr.

Ein Sprecher der Berliner Justizbehörden: Zwei Ärzte hätten sich am Sonntag vom Gegenteil überzeugt. L. R.



Wilhelm Meins, Vater des Anarchisten, erfuhr vom Tode seines Sohnes aus dem Fernsehen

Abend/11.11.74

Eigenbericht „Der Abend"

HES, BERLIN, 11. November

● Berlins oberster Richter, Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann, sollte offenbar entführt und später gegen inhaftierte Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe ausgetauscht werden. Für diese bereits kurz nach dem Verbrechen geäußerte Vermutung gibt es inzwischen deutliche Hinweise. Bevor die beiden Schüsse fielen, die den 64jährigen töteten, hatten drei Männer versucht, ihn aus seiner im Hochparterre gelegenen Wohnung in der Bayernallee 10/11 in Westend zu zerren. Ein weiteres Indiz ist die Tatsache, daß die Attentäter in zwei großen Autos kamen. Bis heute früh fehlte von ihnen jede Spur.

► Die Aufklärung des Mordes hat eine noch gestern abend gebildete Sonderkommission der Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidiums übernommen. Bundesinnenminister Maihofer (FDP) gab darüber hinaus dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden Anweisung, der West-Berliner Polizei jegliche Unterstützung zu sichern.

● Die Verantwortung für die Ermordung des Kammergerichts-Präsidenten hat inzwischen die „Aufbau-Organisation der Roten Armee Fraktion" (RAF/AO) übernommen. Ein anonymer Anrufer im Düsseldorfer Büro der Deutschen Presse-Agentur kündigte weitere Aktionen in mehreren Großstädten der Bundesrepublik an. Außerdem sprach er von der Befreiung von inhaftierten Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe.

Diese Drohungen müssen ernst genommen werden. Dem Bundeskriminalamt liegen bereits seit geraumer Zeit konkrete Hinweise für das Bestehen einer aktiven „RAF/Aufbau-Organisation" vor.

Nur wenige Stunden nach Bekanntwerden des Todes von Holger Meins kam es in der Nacht zum Sonntag in der Berliner City zu einer Demonstration an der sich zeitweilig bis zu 800 Personen beteiligten.

Zu einer erneuten Demonstration aus Protest gegen den Tod von Holger Meins hat die „Kommunistische Partei Deutschland" für heute, 17 Uhr, am U-Bahnhof Turmstraße aufgerufen.

► Günter von Drenkmann, der am Sonnabend seinen 64. Geburtstag gefeiert hatte und in einem Jahr pensioniert worden wäre, war seit 1967 Präsident des West-Berliner Kammergerichts. Er stammte aus einer alten Juristen-Familie. Bereits sein Großvater war Präsident des Kammergerichts.



SIE EILTEN SOFORT ZUM TATORT *Der Regierende Bürgermeister Schütz (links) und Bundesjustizminister Vogel (Mitte). [illegible] Justizsenator Korber war sofort zur Stelle.*

Es vergingen also mehr als neun Wochen zwischen dem Auftreten deutlicher Symptome und der Diagnosestellung:Sarkom (äußerst schnell wachsender bösartiger Tumor) im Brustbereich.Inzwischen war der Tumor soweit fortgeschritten,daß eine operative Beseitigung nicht mehr in Frage kam.
Anfang des Jahres begann Katharina eine medizinische Behandlung in Paris,wo sie sich einer neuartigen chemotherapeutischen Behandlung durch einen Krebsspezialisten unter zieht.

Für die begonnene Therapie und die dadurch notwendigen Fahrten nach Paris wird weiterhin dringend Geld benötigt.

Der Fall Katharina Hammerschmidt ist aber kein Einzelfall,sondern betrifft alle Gefangenen.Die medizinische Versorgung im Knast hat in erster Linie die Funktion,die Unterdrückung zu perfektionieren.Die Ausgabe von Beruhigungspillen und Verabreichung von Spritzen sind ein direktes Mittel,die Widerstandskräfte der Gefangenen zu brechen.
Viele Gefangene sind bei ihrer Entlassung rauschmittelabhängig,angefixt vom Arzt mit Valium,Librium und Megaphen.
Allein in den letzten eineinhalb Jahren führte diese medizinische Nichtversorgung zu drei Todesfällen im Knast Tegel,die in der Öffentlichkeit bekannt wurden.
Um den medizinischen Mord auf Raten zu verhindern,brauchen alle Gefangenen die Möglichkeit,sich jederzeit von einem Arzt ihres Vertrauens behandeln zu lassen.



SPONTANDEMONSTRATIONEN

Reaktion auf die Ermordung von Holger Meins

Am 9. 11. trafen sich ca. 500 Genossen auf dem Ku-damm wegen der Ermordung. Als wir dort ankamen war erstmal allgemeiner Frust. Zuerst wurde mal wieder nur geredet bis einige Genossen es packten auf die Kreuzung zu gehen. Man verteilte sich so, daß alle Wagen erstmal nicht weiter konnten. Dann kamen die ersten Parolen: Bestrafung der Mörder von Holger Meins – weg mit der Isolationshaft.

Die Bullen forderten uns auf die Straße zu räumen. Darauf gab es einen totalen Sprechchor: Mörder, – wodurch die Aufforderung der Pigs total überstimmt wurde. Als die Bullen dann aufrückten, flogen die ersten Steine. Die Pigs jagten uns auseinander in 4 verschiedene Richtungen. Dann war wieder allgemeiner Treffpunkt die Kreuzung. Aber diesmal nicht auf der Straße, sondern an den Ecken. Mal wieder allgemeiner Frust – keiner wußte so recht was eigentlich ablief-einige meinten, man könnte eh gehen da nichts mehr lief. Dann kam die Information, daß sich irgend etwas am Cafe Kranzler abspielen sollte. Daraufhin gingen wir rüber, vom Kranzler aus konnte man sehen, daß ein Bulle die Scheibe der Bank einschlug-vollkommen unverständlich-sehr wahrscheinlich aber deshalb, damit wieder Steine fliegen, um so endlich zuzuschlagen, was ja dann auch lief, von seiten der pigs. Sie sind dann vorgestürmt bis zum Mittelstreifen, um so die 4 Ecken noch mal zu spalten. Wieder wurden zwischendurch Parolen geschrien. Dann totaler Vorstoß der Bullen zu Kranzler. Unter den Genossen standen irre viel Passanten-es wurde einfach draufgeprügelt. Wir hatten noch die Möglichkeit ins Kranzler zu flüchten. Dord fand, als sie dann einen Verletzten brachten, die totale Spaltung statt. Man verlangte einen Arzt bzw. Krankenwagen- doch der typ verweigerte das-(Typ vom Kranzler) daraufhin ist ein ca. 60 Jahre alter Mann einfach mit Gewalt i ns Büro gedrungen und hat so den Genossen ermöglicht endlich einen Krankenwagen zu holen. Um den Verletzten hat sich ein Genosse gekümmert, der Erste Hilfe verstand. Als wir dann endlich dachten, daß die Feuerwehr kommt- hatten wir uns getäuscht, da gleichzeitig mit denen die Bullen versuchten das Kranzler zu stürmen Daraufhin forderten die Genossen und die Hälfte der Gäste sie auf, daß sie das cafe verlassen. Man brachte den verletzten zum Krankenwagen und verhaftete den Genossen, der sich um den Verletzten gekümmert hatte. (Mittlerweile ist dieser aber wieder draußen Das Kranzler wurde von uns geräumt. Draußen merkten wir dann, daß eine Scheibe kaputt

war, Der Typ vor der Feuerwehr versuchte sie raus zu nehmen. Dabei wurde auch von Passanten das Schaufenster geplündert. Die Bullen hatten das gemerkt und begannen mit der Schleichtaktik das Schaufenster ab zu sperre Was da am Ku-damm abgelaufen ist müßte uns echt zu einer Selbstkritik bringen-denn das wir die Nerven verloren ist, glaube ich, allen klar. Was Scheiße war, ist daß wir den Pigs nicht geballt gegenübergestanden haben sondern uns in alle Richtungen verstreut haben; Denn erst so war es möglich, einige Genossen von uns zu verhaften. Wichtig bei so einer Aktion ist doch wohl, daß wir uns solidarisch verhalten und uns nicht einzelne herausgreifen lassen.
Was dem Knast bzw die Knastkundgebung betraf ca. gegen 1 Uhr trafen die ersten Gruppen in Moabit ein. Um 1 Uhr 30 waren ca. 40-50 Genossen gegenüber vom Knast (Alt Moabit, 7 Mannschaftswagen standen mal wieder voll im Kriegsmanöver) Allgemeiner Frust, doch dann gingen wir endlich über die Straße an den Zaun. Die Bullen forderten uns auf die unerlaubte Versammlung aufzulösen. Darauf antworteten wir mit der Parole: Bestrafung der Mörder von Holger Meins. Darauf machten die Bullen ihren Einsatz - die Genossen flüchteten in verschiedene Richtungen. Wilde Verfolgungsjagden.
Später wurden auch noch Autos nach "Brandsätzen" durchsucht.

BEOBACHTUNG BEI DER DEMO

Ich konnte beobachten wie ein Genosse,der brutal von den Bullen in einen VW - Bus gestossen wurde und offensichtlich verletzt war, mindestens 15 min. auf dem Bode n des Autos hocken mußte,ohne daß er von einem Sanitäter behandelt wurde.Der Bus war nachdem der Genosse reingestossen wurde,um ei ne Ecke gefahren und stand in der Joachimstalerstr. an einer Bushaltestelle.Dort waren einige Passanten,die,als ein Genosse die Tür des Busses aufriß um an den Genossen heranzukommen,den dort mehr liegenden als sitzenden sehen mussten.Als die Passanten merkten,daß sich niemand um den Genossen kümmerte,empörten sie sich und griffen den vor dem Bus stehenden Bullen verbal an und forderten,daß sich jemand um den Verletzten kümmern solle.Als dem Bullen die Diskussionen auf die Nerven gingen, fuhr der Bus nach mindestens 15 min. ab.

Bei der Aktion am Kranzler-Eck sind nach Radiomeldungen 13 Genossen verhaftet worden und 40 sollen verletzt worden sein,wobei nicht klar ist,ob das alles Demonstranten waren oder auch Bullen

---

Frankfurt :

Nach dem Mord an Holger Meins organ isierten die Frankfurter Spontis eine Demo zum Gericht,die aber wegen der Bullenübermacht erfolglos blieb.Am Sonntagmorgen wurden Flugblätter verteilt und um 14⁰⁰ Uhr fand ein Teach - in im Studentenhaus statt,mit 800 Ge = noss(inn)en . Gegen 15³⁰ gingen sie (inzwischen über 1000) wieder zum Gericht,das diesmal nur geringfügig gesichert war.An Vorder - und Rückseiten gingen die Scheibe zu Bruch;2 Mollis wärmten den anrückenden Bullen die Füße.Am Sonntagabend wurden die weiteren Aktionen geplant,u.a.Streiks an den medizinischen und juristischen Fakultäten.



ISOLATION

Beispiel: Willi Räther und die "Stuben" in Tegel

Immer noch kennt Korber Isolation von Gefangenen in Berlin nur als "Märchen", immer noch bleibt die Berliner Presse bei der gleichgeschalteten Sprachregelung von der "angeblichen" Isolation. Und immer noch hat sich Korber weigern können, auf die detaillierten Vorwürfe von Rechtsanwälten Ströbele und Schily mit Schweigen und Lügen zu antworten.

In dem offenen Brief vom 21.10.74 haben die Anwälte als Beispiel für Isolationspraktiken in Berlin auch Willi Räther genannt.

Willi Räther wurde seit seiner Einlieferung in den U-Knast total isoliert. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft segnete Richter Ehlitt vom Amtsgericht Tiergarten die Isolation am 27.8.73 mit einem formellen Beschluß ab:

"Folgende besondere Sicherungsmaßnahmen werden genehmigt:
1) Verstärkte Durchsuchung des Gefangenen, seiner Sachen und seines Haftraumes,
2) Besondere Beobachtung, auch zur Nachtzeit,
3) Ausschluß von der Arbeit,
4) Entziehung von Einrichtungs bzw. Gebrauchsgegenständen, deren Mißbrauch zu befürchten ist,
5) Entziehung der Befugnis, eigene Kleidung und Wäsche zu benutzen,
Darüber hinaus ist Räther
6) von gemeinschaftlichen Veranstaltungen auszuschließen,
7) in strenger Einzelhaft zu halten,
8) in Einzelfreistunden zu führen,
9) von Hand zu Hand weiterzugeben."

Trotz aller Beschwerden und Anträge wurden diese Isolationsmaßnahmen bis zum 9.7.74 beibehalten. An diesem Tag wurde Willi Räther nach Tegel verlegt. Der zuständige Haftrichter, Schedon, hatte allmählich kalte Füße gekriegt und am 2.5.1974 entschieden, die besonderen Einschränkungen in der Untersuchungshaft seien aufzuheben, weil Räther ja schon eine Strafe zu verbüssen habe, also Strafgefangener sei.

Die Hoffnung, jetzt sei es mit der Isolation vorbei, und Willi Räther werde in Tegel am Regelvollzug teilnehmen, war trügerisch. Willi Räther kam vom Regen in die Traufe. Genau einen Tag lang nahm er in Tegel am Regelvollzug teil. Dann wurde er nach Haus III (das ehemalige Zuchthaus) verlegt und dort, nach wenigen Stunden Aufenthalt in der "Nichtarbeiterstation" B 2, in die Isolierungsstation B 1 gesteckt, und zwar dort in die Sonderstation, die acht Zellen umfaßt und hermetisch von der übrigen Knastwelt abgeschlossen ist. Die Justiz machte wahr, was sie Räther durch den Leiter des Hauses III, Mayer, am 10.7.74 hatte versprechen lassen: "Bei dem geringsten Vorkommnis isoliere ich Sie so, daß sie wirklich nichts mehr hören und sehen." Das "geringste Vorkommnis" war die Weigerung Räthers, eine Demutserklärung abzugeben, und sein Bestehen auf dem Recht, am Regelvollzug teilzunehmen. Willi Räther sitzt seitdem auf der Sonderstation in einer winzigen Zelle. Einziger Unterschied zur Isolation in Moabit: das Fenster hat kein Fliegendraht und Räther darf 3 x wöchentlich fernsehen. Im übrigen blieb alles beim Alten: keine Gemeinschaftsveranstaltungen, Einzelfreistunden, Verhinderung jeder Kontaktaufnahme selbst durch Zurufe etc. Als Willi Räther am 13.9.74 wie die anderen politischen Gefangenen in den Hungerstreik gegen die Isolation und Sonderbehandlung trat, versuchte man, ihn durch Sperrung der 1/2 Stunde Freistunde zum Abbruch zu zwingen. Erst der Protest der Verteidiger und eine Strafanzeige gegen Anstaltsleiter Glaubrecht, Knastarzt Dr. Bortz, Leiter von Haus III Mayer und Vollzugsleiter in Haus III, Ludwig, bewirkte, daß diese Maßnahme aufgehoben wurde.

Die Sonderstation in der Abteilung B 1 im Haus III ist aber nicht die einzige Isolierungsmöglichkeit in Tegel. Seit ca. 1 Jahr wurden inzwischen 8 sogenannte "Stuben" bzw. "Küchen" gebaut. Bei zwei nebeneinanderliegenden Zellen wurde die Trennwand herausgerissen und durch ein Käfiggitter (mit einer Tür samt Klappe drin) ersetzt. Die eine Zelle blieb Wohnzelle (Spüle, Klo, Bett, Tisch, Stuhl, Schrank). Die Tür zum Gang wird zugemauert. Die andere Zelle ist vollkommen leer. Der Spion in der Zugangstür zu dieser Zelle zugeschweißt, die beiden Fenster in der Doppelzelle mit Fliegendraht vergittert. Diese Stuben liegen so, daß niemals zwei "Wohnzellen" aneinanderstoßen. In diesen isolierten Käfigen werden alle die gesteckt, die sich gegen den Knastterror aufgelehnt haben, politische wie andere Gefangene. Im letzen Jahr waren es insgesamt 15-18 Gefangene, davon in letzter Zeit:

- Jürgen Günther (seit 9.11.73 !), zusätzlich isoliert durch Einzelfreistunde, Einzelbad, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, kein Kirchgang, kein Einkauf, keine Gruppenarbeit, kein Sport),
- Murat Koymen, seit April 1974, zusätzlich isoliert durch: keine Gemeinschaftsveranstaltungen, keine Arbeit, kein Sport,
- Hans Winkler, seit 8.5.1974,
- Georg Neumann, seit Ende Juni 74,
- Helmut Krestan, seit Ende Juni 74, zusätzliche Isolierung wie bei Koymen.

In den Knästen ist allen klar: da man die, die Widerstand leisten, nicht einfach liquidieren oder mit Foltergeräten zu Tode quälen kann, greift man zur Isolation, der schleichenden, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Vernichtung der Existenz der Gefangenen.

P.S. seit ProzeObeginn Ende September 1974 ist Willi Räther wieder in Moabit, wo seine Isolation gelockert worden ist.

ERKLÄRUNG !

Aus Protest gegen die totale Emtrechtung und Emtmachtung im dem Westberliner Gefängnissem trete ich ab 6.11.74 in einem umbefristetem Hungerstreik!!!
Ich fordere dem Justizsenat auf, Stellung zu nehmem, wieso mir seit dem 11.6.74 moch immer meim Regelurlaub vorenthaltem wird, obwohl Lange-Lehngut vom Justizsenat mir und auch anderem Leutem mehrmals zugesagt hatte, Regelurlaub zu ertei lem.
gez. Paul Küppers

MITTWOCHSPLENUM 6.11.

Volksentscheid für Polikliniken

Das Mittwochsplenum ruft nicht zur Unterstützung der KPD -Initiative auf. Hauptargument: Die KPD nutzt den Kampf für Polykliniken einzig als Mittel des Wahlkampfes, diesen zu unterstützen kan jedoch nicht unsere Aufgabe sein.
Die Durchführung des Volksentscheides ist genauso unwirksam wie andere Formen der Unterschriftensammlung. Die zig-Tausend Unterschriften gegen die BVG-Erhöhung 1972 haben auch nichts geändert. Hinzu kommt, daß das Abgeordnetenhaus am 13.Nov. den Volksentscheid streichen wird, er also als Mittel Bürgerlicher Demokratie nicht mehr anzuwenden ist.
Als positiv, weil antizipatorisch (vorwegnehmend) wurde die Initiative der Volksambulanz in Kreuzberg angesehen, hier sieht man jedoch keine momentanen Möglichkeitender Unter-

Als praktischen Schitt aus der Diskussion will sich eine GRUPPE MED! VERSORGUNG bilden . Interessenten die Mitarbeiten wollen treffen sich auf dem Mittwochsplenum.

Wie kann ich........

Wie kann ich als Neuling in Berlin eigentlich Kontakt zu Gruppen aufnehmen? Gleich auf dem Mittwochsplenum das Maul aufreißen und sagen:"ich will dies und das, wo kann ich einsteigen?" Es glauben ja immer noch Leute, da sei nichts dabei - aber das können sie ihrer Großmutter erzählen. Stottern oder Rot werden ist bei uns Emanzipationskünstlern **nicht drin. Als Zeichen dafür sieht man umso linker aus.**
Das 1.Mal auf dem Mipl.hab ich mich durchgefragt, keiner wußte bescheid. Ein ganz geschäftiger Genosse fand meine Fragen ungeheuer witzig, er befaßte sich mit gewichtigerem. Seine Zynik war so richtig aufmunternd. Im INFO 28 wurde der Vorschlag gemacht, das Mipl. nach seinen Funktionen (Hinzukommende einzugliedern, Gruppenplenum) a ufzuteilen. Dabei bliebs. Vieleicht kriegt je mal einer der alteingesessene Genossen, der ein paar Kontaktadressen im Kopf hat, den Arsch hoch um sich 1/2 Stunde vor dem Mipl.mit den Neuen zusammenzusetzen, um Adressen zu sammeln und zu vermitteln. Vielleicht veröffentlicht er seine Absicht dann auch noch, daß man Bescheid weiß. So organisieren wir uns vielleicht mal.
Karsten



-In der Pariserstr.,9,hängt ein zettel: "laden zu vermieten"mit folgender t.nummer:3040285.(Leute wenn ihre ähnliche rote Zettel in lädenfenster seht,gebt die information beim info durch!)

Zur Organisation eines Erfahrungsaustauschs von Gruppen der Mieterselbstverwaltung wird Kontakt mit Mieterbeiräten, Mieterräten, Mietervereinen u.ä. gesucht bzw. um Vermittlung von Adressen gebeten von J.Wolf, 46 Dortmund, Püttbeckenstr.49

EXIL UNTERRICHT

Zum 31.1o. 74 wurde der Arbeitsvertrag der Politik- und Soziologie Lehrerin Helga M. am Friedrich- Fröbel- Haus (Erzieherschule in Charlottenbg.) nicht verlängert. Begründung : Ablauf der Probezeit; - die nun schon seit langem praktizierte Taktik politische Disziplinierung auf formaler, und damit juristisch abgesicherte, Ebene abzuwickeln.
Die Antwort der Studenten war eine Demo zu Ristäckn der 75% der FFH'ler teilnahmen. Der Politologie- und Soziologieunterricht wird bestreikt - die Stunden werden für Öffentlichkeitsarbeit genutzt.
Die Klassen der dissiplinierten Lehrerin führen den Unterricht mit ihr weiter, im Exil, in der [illegible]ae vom FFH.
Der Personalrat vom FFH hat die Kündigung der Lehrerin gebilligt, auf einer von 35o charlottenbg. Lehrern einberufenen Personalversammlung wurde diese Entscheidung zurückgewiesen.
Die GEW- Berlin hat bisher jegliche Unterstützung verweigert -
Nun ja, auf rein formal juristischer Ebene ist halt kein Blumentopf zu gewinnen.

- Unsere Fabriketage steht noch immer leer.(siehe INFO 31).Wir sind jetzt unter 2164937(barbara u. bernd)zuerreiche:

-Wer lust zum STRASSENTHEATERspielen hat kommt am sonnabend den 16.um 2o uhr in die Seestr.69(hinterhaus bei Brockmöller)

-Suche dringend billige Einzimmerwohn. tel.: 261560?

Wieder mal ein Einkaufstip:

Magerquark kostet bei Aldi das 1/2 Pfund o,58 DM, bei Butter-Lindner 1 Pfund 1,o8 DM. D.h. Wer 6 Pfund Quark kauft, hat den Preis für dieses INFO wieder raus!

Das MAMPF-TIK hat wieder auf.
Durch eine einstweilige Verfügung gegen die Kommerz-Clique (s.INFO 29) ist das Mampf-Tik-Kollektiv wieder in ihrem Laden.
Es gibt also wieder Fraß, was zu Saufen und Theater zu konsumieren.

GEDANKEN ZU GEDANKEN

Claudias Beitrag im INFO 30 (Gedanken,die du ohne Worte nicht verstehst) beschäftigte mich noch lange. Ich konnte ihn nach der Lektüre nicht so einfach beiseite legen,da ich mich zu stark betroffen fühlte.Mein erster Gedanke war der,daß dieser Brief hätte fast von jedem von uns geschrieben werden können.Er benennt nämlich nicht nur Claudias Situation,sondern beschreibt die Schwierigkeiten der meisten von uns,drückt etwas Allgemeines aus.So ist Claudias Versuch, ihre Ängste und Probleme öffentlich zu machen,als ein Kommunikationsangebot an uns alle zu verstehen.

Ein jeder sollte beginnen zu versuchen,mit seinem Partner,mit Genossinnen und Genossen wieder zu reden; die herrschende Sprachlosigkeit macht uns zunehmend kaputter.

Lange schon haben wir uns die Parole: "Ohne Emanzipation keine Revolution" zumindest verbal zu eigen gemacht, ohne sie allerdings selbst in den "privaten" Bereichen inhaltlich auffüllen zu können.Diese Parole weist auf die Notwendigkeit hin,den Menschen in dem Prozeß der revolutionären Veränderung in den Mittelpunkt zu stellen,d.h. den Ablauf der Geschichte nicht als einen objektiven Prozeß zu begreifen,der unabhängig vom Menschen abläuft,sondern daß nur das bewußte Handeln der Menschen eine revolutionäre Situation wird herstellen können.Der Mensch ist also Subjekt der Veränderung; deshalb müssen wir daran festhalten,daß zuerst der Mensch sich verändern muß,daß sich die Verkehrsformen zwischen den Menschen sich so entwickeln,daß eine herrschaftsfreie Kommunikation ermöglicht wird,um solidarisch handeln zu können usw.Dies steht im Widerspruch zu der revolutiontheoretischen Auffassung der revisionistischen Linken,die meint,eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein (wobei nur die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht werden sollen) wäre schon die Revolution bzw. die neue Gesellschaft.
Emanzipation im Sinne der obigen Parole meint aber mehr - sie impliziert als wesentliches Moment eine veränderte Organisation der Verkehrsformen der Menschen untereinander.Eine qualitative Wandlung der Verkehrsformen stellt sich aber nicht quasi naturgesetzmäßig am Tag nach der Revoluti-

FORTSETZUNG S.12

Holgers erste Verhaftung (aus: "883" Sept/1971)



RAF „SCHWEIZ

In den frühen Morgenstunden des 15.9. dem Tag, an dem in Chile krepiert und in der Schweiz gebetet wird, hat das Kommando "Schürmann-Deubelbeiss" der RAF (Schweiz) im Zürcher Villenvorort Küsnacht eine Armeeunterkunft ausgeraubt. Erbeutet wurden 8 Schnellfeuergewehre und fünf Pistolen. Anschließend wurde das Gebäude in Brand gesteckt.
Die Aktion der Raf verfolgte 2 Ziele:
1. Beschaffung von zusätzlichen Waffen für die kämpfenden Genossen
2. Zerstörungsangriff auf Armee-Eigentum.
Der Angriff richtete sich nicht gegen die Soldaten der betreffenden Kompanie, sondern gegen die Armee als Hauptwaffe des bürgerlichen Herrschaft apparates.
...
Wir haben die Abschaffung der Mordmaschine Armee gefordert. Wir haben geerntet: Spott, Schläge, Gefängnis. Jetzt schaffen wir die Armee selbst ab.
Es lebe die RAF!

Die vollständige Fassung dieser Erklärung ist abgedruckt im "Focus" nr.57 (Nov.74). Diese Schweizer Zeitschrift der neuen Linken gibts im Buchladenkoll. Savignyplatz

SO NICHT !







Peter Brückner, Barbara Sichtermann
Gewalt und Solidarität
Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen: Dokumente und Analysen
Politik 59. 96 Seiten, DM 5.50 (4.50)

Wer hat einen schönen Schreibtisch für mich ??? Wally 7825565

Wir ersticken in unsererr dreckigen Wäsche (11-Mann-WG)! Wer hat eine strapazierfähige Waschmaschine????? Tel. 782 5565

Das Info gibt's:

In den Kneipen:

Schlauch, 21 Rathenowerstraße
Kastanie, 19 Schloßstraße
Gittas gute Stuben, 19 Spandauer Damm 23
Quinte, 3o Grunewaldstraße
Stiege, 36 Oranienstraße
Rotkehlchen, Yorkstraße
Wanne, Holsteinische Str.
Bilbao, Mansteinstraße
Kino Bali, S-Bahn Zehlendorf
Dschingis Khan, 3o Martin-Luther-Straße 41
Joshuas Tee-Galerie, 12 Pestalozzistr. 64

on ein - wir müssen hier und jetzt beginnen,unsere Beziehungen soweit wie möglich von der sie beherrschenden Verdinglichung zu befreien.Wir müssen als Subjekte lernen,auch den Anderen als Subjekt anzuerkennen.
Das heißt für uns zunächst,bereit zu sein,auf die Genossin und den Genossen neben uns einzugehen,ihr/ihm zuzuhören,zu versuchen,sie/ihn zu verstehen und bei der Lösung von Problemen zu helfen usw. Wir sollten dies nicht als "selbstverständlich" beiseite schieben - Claudias Beitrag sollte uns mal wieder bewußt gemacht haben,daß diese minimale Voraussetzung für solidarisches Handeln noch nicht einmal in den Zweierbeziehungen, in denen sich die meisten von uns befinden,gegeben ist.
Doch auch außerhalb der Zweierbeziehungen finden wir überall ein solches von Claudia beschriebenes Verhalten: so ist es etwa beim Mittwochsplenum die Regel,daß jeder einmal zu irgendeinem Thema ein Statement abgibt,kaum kommt es vor,daß jemand wirklich auf das von seinem Vorredner Gesagte eingeht - geschieht dies dennoch einmal, und entwickelt sich daraus gar ein Dialog,so wird dieser abrupt unterbrochen:"Keine Zwiegespräche bitte!".
Und in den linken Buchläden geht es zumeist zu wie in der KaDeWe Buchabteilung:man sucht sich sein Buch, marschiert zur Kasse,zahlt und geht ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben.Über den Kauf-(Tausch-) Akt hinaus passiert überhauptnichts - doch gibt es hier schon Ausnahmen.
Auf den "linken" Festen,in den "linken" Kneipen,bei den teach-ins,in den Kinos - überall Sprachlosigkeit und Desinteresse am Anderen.
Ein Grund dafür,daß wir sowenig über uns selbst sprechen ist die Angst - die Angst die "Privatsphäre" aufgeben zu müssen.Der Andere soll von der Situation,in der wir uns befinden, nichts erfahren - wir gaukeln unserem Gegenüber eine psychische Stabilität vor,die garnicht vorhanden ist,obwohl wir wissen,daß wir alle an irgendwelchen Problemen,die gesellschaftlicher Natur sin,herumlaborieren.Weil wir eben wissen,daß unsere Schwierigkeiten (Eifersuchtsgeschichten,sexuelle Probleme,Vereinsamung usw.) nicht individuelle sind,sondern Ausdruck unserer psychischen Verformung durch die warentauschende Gesellschaft,sollten wir keine Angst mehr davor haben,sie öffentlich zu machen.

Claudias Versuch,ihre Gedanken,die sie ihrem Partner gegenüber nicht aussprechen konnte,dennoch zu verbalisieren,sie aufzuschreiben,ist ein wichtiger Anfang - er sollte uns alle betroffen machen und uns zu einer intensiveren Kommunikation, die auch die persönlichen Problematiken mit einbezieht,führen.

(Wichtige Beitrräge zu diesem Thema sind in den Kursbüchern 37 und 35, besonders in der Nr.35 die Aufsätze "Wegwerfbeziehungen" und "Objektiver Faktor Subjektivität")



RÜCKSCHRITTE AN DER T U

Das beiweitem fortschrittlichste Studien und Prüfungskonzept im Bereich der Hochschulen, nämlich die Reformprüfungsordnung ("BOB") des Fachbereiches Informatik, ist vom Senator Stein am 6.11. außer Kraft gesetzt worden.
Sie wurde ohne inhaltliche Begründung und gegen den Willen der Dozenten an die Rechtsverordnung angepasst.
Die Strategie des Senat's ist klar. Die Reformen, die seit '68 errungen wurden, werden in allen Bereichen systematisch beseitigt.

(unabhängige Studenten TU)

2 Schülerinnen (16 + 17J) aus unserer Wohngruppe suchen einen Job als Babysitter (nachmittags) Adresse: Doris Müller, 1-21, Claudiusstr. 7 (tel.: 62346o4)

WOHNGEMEINSCHAFTEN

Wohngemeinschaften-Treff

Die kath.Hochschul-Gemeinde Würzburg organisiert ein WG-Treffen vom 28.2. - 8.3.75 auf der Burg Rothenfeld.

Vorläufiges Programm: Gespräche in Gruppen, Referate und Diskussionnen über "Das Leben in der Wohngemeinschaft" - "Die gesellschaftl.Bedeutung von WGen" - Entwicklung von Kooperationsformen".

Genaue Auskunft und Anmeldung: Elmar Senghaas c/o KHG,87 Würzburg, Hofstallstr.4

Die Organisation Hamburger Wohngruppen "Humanes Wohnen e.V." gibt jeden Monat die "Montagsnotizen" - eine Zeitung für Wohngemeinschaften raus. Die kann man für 5 DM (in Briefmarken oder auf Kto Nr.1228 / 129 522 der Hamburger Sparkasse) abonnieren bei Humanes Wohnen, 2 HH 67, Buckhorn 3 - Es lohnt sich!

Außerdem gibt es jetzt ein Buch mit Aufsätzen zum Thema Wohngemeinschaften: "Wohngemeinschaft - Problem oder Lösung?" für 3,5o DM im Buchladenkoll.Savignyplatz

---

Dazu noch ein Umfrageergebnis: Im Wintersemester 73/74 antworteten 42 3oo Studenten auf eine Umfrage nach ihrer Wohnsituation. Davon lebten 5739 (12,4%) in einer Wohngemeinschaft, aber mehr als Doppelt so viele (26,7%) wollen in einer WG leben.

-Wir wollen eine WG aufbauen,suchen deshalb dringend 5 Zim-wohn.:t.:2164937 u. 3o69592 (frank)

Wer hat Lust, eine POLIT-ROCK-FETE bzw. AGIT-ROCK-FETE mitzuorganisieren - mit Bücher-Verkauf, Trödel, Plattentausch und verkauf. Wir treffen uns zum Quatschen am besten in einer zentralen Kneipe: z.B. "bei Neffi" (gegenüber Pariser Str.6) am Mittwoch, dem 27.11., so 22 h c.t./ nach Fritz fragen. Wer verhindert ist, schreibt bitte z.Hd. Fritz c/o: 1-12, Postfach 12 7511. Macht bitte Angaben, wo euere Interessen liegen. Bei dringenden Fragen bitte abends/nachts tel. 342 22 36 anrufen. Aber nicht wegen jedem Scheiß die private Leistung blockieren. Danke.

RECHTS-STAAT

rechtzeitig zu den wahl-diskussionen hat die cdu mal wieder den kleinen unterschied zu den sozialliberalen klargemacht: im bundesrat blockierte die cdu-mehrheit die annahme des neuen mieterschutzgesetzes, in dem die vorschriften über kündigungsschutz und mieterhöhungen(ortsübliche vergleichsmiete) unbefristet gelten sollten. Begründung: das gesetz lähme die initiative zur förderung des privaten wohnungsbaus und schränke die handlungsfreiheit in der geltenden eigentumsordung ein. deshalb sollte es bis 1977 befristet und dann überprüft werden (was das bei einer cdu-bundesregierung heißt, kann man sich ja ausmalen).

2.hammer: in derselben sitzung beschloß dieselbe cdu-mehrheit, einen bayrischen vorschlag zu verschärfung des demonstrationsrechts dem bundestag vorzulegen: künftig soll es reichen, bei einer militanten demo anwesend zu sein(sog."mitläufer"), um verknackt zu werden!

mit zunehmendem rechtstrend regt sich die rechte wieder mehr: Die"jungen nationaldemokraten"(jugendorganisation der npd) veranstalten heute eine"fachtagung über fragen des sowjetischen und amerikanischen imperialismus"in w-berlin. in mülheim gründete sich die "deutsche soziale union" (dsu), eine art bundesweite csu mit innigen kontakten zu f.j.strauss und dem "bund freies deutschland" (bfd), mit dem sie sich in der zielsetzung einig ist. der bfd will seine arbeit auf berlin beschränken, hat sich letzte woche als partei konstituiert und will bei den nächsten wahlen mind. 8% als untere grenze erreichen. die cdu distanziert sich, weil sie befürchtet, nach rechts zu viele stimmen zu verlieren. die spd gibt sich gelassen, obwohl sie schon mehrere prominente mitglieder an den bfd verloren hat.



INITIATIVE
JUGENDPOLITISCHES FORUM

Der Zug ist abgefahren und der Juso-Bundesvorstand schaut hinterdr ein. Erst wollte er nicht mitfahren, weil sich auf dem Gefährt auch noch die sogenannten K-Gruppen (KBW, KPD etc.) befanden. So erklärte es der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Johanno Strasser. Jetzt sind die sog. K-Gruppen aber abgesprungen und hinterherlaufen wollen die Jusos nun nicht mehr. Allerdings nicht alle Jungsozialisten: Der Frankfurter Juso-Unterbezirksausschuß ist noch in der letzten Minute aufgesprungen.

Es geht um die "Initiative Jugendpolitisches Forum", die sich zusammengefunden hat, um das nachzuholen, was durch die Absage des "Deutschen Jugendhilfetages" (5. DJHT) (siehe Info 15) vereitelt wurde :

Für die Probleme der Jugendarbeit u. Jugendhilfe eine große Öffentlichkeit zu schaffen und über diese Probleme auf einem überregionalen Treffen zu diskutieren.

Die in der Initiative vertretenen Gruppen bilden ein breites Bündnis: Es reicht von den "Deutschen Jungdemokraten" über die "Naturfreundejugend Hessen" und dem "Bund Demokratischer Jugend/Bund Deutscher Pfadfinder" bis zur "Sozialistischen Aktion", die dem Sozialistischen Büro in Offenbach nahesteht.

Neben den Jusos findet sich in diesem breiten Bündnis noch manche andere Lücke. Einige der "fehlenden" Gruppen gaben Erklärungen für ihr Fernbleiben von der "Initiative Jugendpolitisches Forum " ab:

Vom Bundesvorstandder Falken war zu hören, daß er zu keinem Bündnis mit "chaotischen" Gruppierungen bereit sei. Er hält sich an die Beschlüsse des Bundesjugendrings. Dieser hatte die Absage des 5. DJHT unterstützt.

Noch deutlicher äußerte sich ein Sprecher des SDAJ-Bundesvorstandes: Für ihn ist klar, daß sich die Federführung bei der "Initiative Jugendpolitisches Forum" (IJF) in der Hand von "ultralinken Sektierergruppen" befindet. Seiner Meinung nach wird die "breite demokratische Bewegung von Jugendverbänden", die sich gegen den Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes richtet, durch derartige Initiativen nur Eingeengt.

Die sogenannten K-Gruppen haben sich nach anfänglichem Interesse wieder abgesetzt. Sie wollen erst an Hand des offiziellen Aufrufs für das Diskussionsforum über ihre Unterstützung der Initiative beraten.

Dieser Aufruf und ein Programm für das vom 6.-8. Dez. in Frankfurt stattfindende "jugendpolitische Forum" wurde am 7.10. der Presse vorgestellt. Danach sind für die Veranstaltung drei Schwerpunktbereiche vorgesehen:

- Erfahrungsaustausch zwischen den von der Sozialarbeit betroffenen Jugendlichen, insbesondere den Arbeiterjugendlichen und den Sozialarbeitern und Pädagogen aus dem Bereich der Jugendhilfe.
- Diskussion über die Aktuellen Probleme der Jugendlichen wie Jugendarbeitslosigkeit, Formen der Selbstorganisation der Jugendlichen im Freizeitbereich, zunehmende Familienflucht und Familienkonflikte.
- Kritische Analyse der auf die aktuellen Probleme der Jugend reagierenden Gesetzesmaßnahmen wie z.B. das neue Jugendhilferecht.

Der Aufruf zu dem Treffen in Frankfurt hat politisch einen sehr weiten Spielraum. Er bietet noch einigen Jugendorganisationen die Möglichkeit die "Lücken" des breiten Bündnisses auszufüllen. Natürlich darf man dann nicht wie der Juso-Vorstand den Anspruch stellen, von Anfang an dabei, oder garnicht.

Eine Alternativveranstaltung für die Gruppen, die sich nicht am "Jugendpolitischen Forum" beteiligen, wird es keine geben. Der von der AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, ein Zusammenschluß von ca. 60 überregionalen Trägern der Jugendhilfe freie Verbände und Institutionen) im Juni des nächsten Jahres in Düsseldorf veranstaltete Ersatzjugendhilfetag wird hinter verschlossenen Türen, mit von der Verbandsspitze ausgesuchten Teilnehmern stattfinden.



Wer an der Vorbereitung des JuPoFo interessiert ist:

jeden Mittwoch, um 19⁰⁰ Uhr in der Fachhochschule für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik, 1/30 Goltzstr. 43/44

Deshalb versteht sich das Jugendpolitische Forum auch nicht als Konkurrenzveranstaltung zum ersatz-DJHT der AGJ In Frankfurt werden im Dezember die Jugendlichen aktiv mit dabei sein, die von der Arbeitslosigkeit,der Bildungsmisere, der politischen Einschüchterung und der Arbeitshetze betroffen sind. Das Forum wird diejenigen, die im lokalen Bereich schon seit langem gegen die Mißstände ankämpfen, endlich Gelegenheit geben, ihre Erfahrungen auf überregionaler Ebene auszutauschen. Die Veranstalter rechnen mit 7oo bis 8oo Teilnehmern. Die Finanzierung soll aus eigener Kraft und durch Spenden erfolgen.
Spendenkonto: Chr. Müller, Kennwort Jugendpol. Forum, PschA Frankfurt Nr. 69926/6o1
Kontaktadresse: "Initiative Jugendpolitisches Forum" - Koordinationsbüro -,6ooo Frankfurt/M, Hamburger Allee 49.

An das Plenum des INFO-Bug!

Wie ihr vielleicht schon wißt, gibt es seit Anfang dieses Jahres die Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren, ein Zusammenschluß vieler Jugendzentren in Selbstverwaltung und solcher, die Selbstverwaltung anstreben.
Im Moment geht es darum, das Weissbecker Haus zu unterstützen, da das Bezirksamt das Haus verkaufen will oder verkauft hat (an die Arbeiterwohlfahrt, damit sie eine Beratungsstelle für Jugoslawen einrichten kann.) Deshalb fordern wir euch auf, Deligierte zur Initiativgruppe zu schicken.
Sie findet jeden Samstag um 16 Uhr im Weisbecker Haus statt.

i.A. der Öffentlichkeitsgruppe

S J S Z

Selbstkritische Ergänzung zum Artikel aus dem INFO 31 vom 4.11.74 vom SJSZ:

So gut und schön unser letzter Artikel auch war, haben wir leider eine wichtige Sache vergessen:
Während der Polizeiaktion Ende März, bei der das Kinderhaus abgerissen wurde, haben die Bullen 21 Leute verhaftet. Davon sind 20 Genossen nicht ständige Mitarbeiter vom SJSZ, sondern Leute, die sich mit uns solidarisiert hatten. Bisher sind zwei Ordnungswidrigkeitsverfahren , die wegen Geringfügigkeit eingestellt wurden, gelaufen. Kostenpflichtig für den Staat. Gegen die anderen Genossen laufen Strafverfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Wir vermuten, daß der Senat und die Bullen, die zu erwartenden Urteile als Exempel für ähnliche Sachen statuieren. Wir werden darum die Prozeßtermine an dieser Stelle veröffentlichen und rechnen mit Eurer Solidarität.

WENN DAS BEZIRKSAMT ERZÄHLT . . .

Aus dem Einschreiben über die Ablehnung der Weihnachtsbeihilfe für Studenten, die jetzt für Weihnachten '73 zugestellt wird.
"Nach den Ausführungsvorschriften über die Gewährung von Weihnachtsbeihilfe (AV) gehören zum berechtigten Personenkreis einkommensschwache Personen, die durch den Einsatz eigener Kräfte und Mittel nicht in der Lage sind, die anläßlich des Weihnachtsfestes entstehenden Mehraufwendungen zu bestreiten (Amtsblatt für Berlin 1972, S. 1315) Das gilt grundsätzlich nicht für Personen, die ein Studium durchführen. Studenten unterhalb der Altersgrenze des 65. bzw. 60 Lebensjahres, soweit sie arbeitsfähig und erwerbsfähig sind, haben die Möglichkeit, sich den anerkannten Weihnachtssonderbedarf durch zusätzliche Tätigkeiten zu beschaffen."
..."- Der grundsätzliche Ausschluß der Studenten vom berechtigten Personenkreis für die Gewährung von Weihnachtsbeihilfe verstößt nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 Grundgestz, da einerseits der Arbeitseinsatz nach der Arbeitsmarktlage realisierbar war, andererseits der Student in einem besonders leistungsfähigem Alter befindet. Die Zeit des Studiums nimmt einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum ein, in dem gewisse Einschränkungen in bezug auf den Lebensstandard zumutbar sind.
Aus Veröffentlichungen (der 7.Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes ev., 1973, herausgegeben vom Verein zur Förderung studentischer Sozialarbeit und Sozialarbeit ev.,S.7) ist bekannt, daß ein erheblicher Prozentsatz a l l e r Studenten in den Semesteferien erwerbstätig ist, um hauptsächlich zusätzliche Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Erfahrungstatsache wurde auch vom Gesetzgeber bei der Bemessung der Freibeträge nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz berücksichtigt.-"...

SANIERUNGSGEBIET KREUZBERG SÜD

Der Artikel wird aus aktuellem Anlaß geschrieben: am Freitag, 8.11.'74, hat eine nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses für das Sanierungsgebiet Kreuzberg-Süd (SKS) stattgefunden.(Ausschschußsitzungen sind sonst grundsätzlich öffentlich).

Im SKS fanden nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 28.8. bis 16.9.'74 elf Erörterungsveranstaltungen im Bethanien statt. Diese vom Bezirksamt veranstalteten Treffen sollten die Bevölkerung an der Planung "beteiligen", d.h. sie wurde über den Planentwurf informiert. Dort wurden auch insgesamt 19 Mieterbevollmächtigte gewählt- mehr oder weniger zufällig, weil die Leute sich nicht kannten-, die im Ausschuß zur Beratung von Bebauungsplänen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Kreuzberg die Interessen der betroffenen Mieter vertreten sollen. Diese haben eine "beratende " Stimme im Planungsausschuß.

Die 1. Ausschußsitzung am 26.9.'74 konnte wegen der zahlreichen Beteiligung von betroffenen Mietern in dem vorgesehenen Raum in der GSW (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft) Baracke nicht stattfinden.

Der Forderung der Mietervertreter und Mieter nach einer öffentlichen Sitzung in einem größerem Raum wurde mit der 2.Sitzung am 23.10.'74 in der Schulaula Kohlfurter Straße 2 (im SKS) stattgegeben. Hierzu erschienen über 250 interessierte Mieter- ein Großteil türkische Mieter. Durch folgende ungeklärte Punkte-Rederecht für alle Anwesenden, ungenügende türkische Übersetzung des Dolmetschers- kam es zu Zwischenrufen. Auf die Forderungen der Mietervertreter undMieter:
- mehr Modernisierung alter Häuser
- Stop mit der Entmietung
- Stop mit dem Abriß
- Mehr Information über Modernisierung
- Beteiligung aller Betroffenen bis zum Abschluß des Verfahrens

wurde vom Planungsausschuß nicht eingegangen. Die Antwort sollte auf der nächsten Sitzung -Öffentlichkeit wurde zugesagt- gegeben werden.

Diese 3.Sitzung fand am 8.11.'74 auf Beschluß des Planungsausschusses nicht öffentlich (nur die 19 Mietervertreter waren eingeladen) außerhalb des SKS im Rathaus Kreuzberg statt (offizielle Begründung: die Öffentlichkeit stört den "reibungslosen" Ablauf und die Arbeitsfähigkeit der Ausschussitzungen) Unsere Einschätzung: Die für die Verwaltung unangenehmen Forderungen der Öffentlichkeit sollten auf diese Art und Weise abgeblockt werden.

Am 8.11. wurde auf Anforderung des Baustadtrates Baltruschat (Auskunft eines Polizisten) der Eingang des Rathauses durch Polizei abgesichert.

Die Mietervertreter wurden nur nach persönlicher Legitimation eingelassen. Sie forderten gemeinsam, die anwesenden interessierten Mieter (nicht nur aus dem SKS, sondern auch aus dem SKN und anderen Gebieten) an der Sitzung teilnehmen zu lassen.

Der Ausschuß war dazu nur bereit unter der Bedingung: nur Mieter aus SKS und SKN mit Ausweiskontrolle (die übrigen sollten ihr Interesse an der Sitzung persönlich rechtfertigen). Darauf konnten sich die Mietervertreter nicht einlassen und verließen geschlossen die Sitzung.

Viele Mietervertreter befürchten jetzt, daß die weitere Planung ohne sie und die betroffenen Mieter stattfindet, d.h. daß weiter entmietet und abgerissen wird.

Deshalb fordern sie, daß die weiteren Sitzungen mit dem Planungsausschuß öffentlich stattfinden.

betroffene Mieter
aus dem SKS

Liebe Genossen. Wir sind Studenten der Fachhochschule f. Sozialpädagogik Hamburg. Wir wollen eine Studienfahrt nach Berlin machen und suchen dafür dringend Addressen in den Bereichen Jugendfürsorge, Familienfürsorge(Kreuzberg, Märk.Viertel) Jugendzentren und andere Addressen, die euch wichtig scheinen. Wir brauchen auch dringend Addressen aus Berlin(DDR) für ähnliche Bereiche. Schreibt an: Peter Maaß, 2ooo Hambg 19, Schopstr. 1

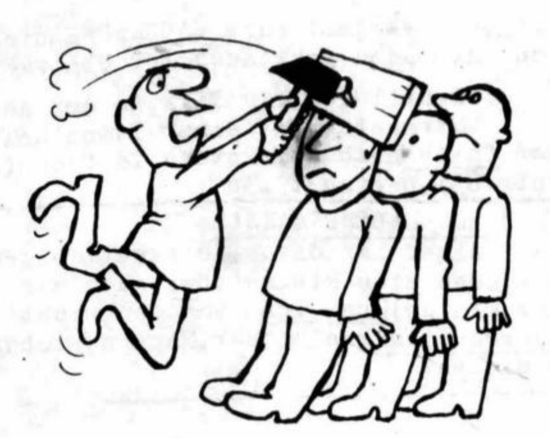
Das Info gibt's :

Buchladen am Savignyplatz
Pol.Buch,Lietzenburgerstr.
Commune,Unter den Eichen
Kreuzberger Bücherstube, Kottbusser Damm
Bergengruensche Buchhandlung , 19 Schloßstraße 29
Heinrich -Heine-Buchhandlung 12Hardenbergstraße
Zeitungsstand am Zoo,unter der S-Bahn
Zeitungsstand am Ku'-Damm/Ecke Giesebrechtstraße



MIETERBEIRÄTE

Auf den Bericht einiger Genossen aus Kreuzberg in diesem INFO schreibe ich mal aus dem Handgelenk, was mir dazu im Kopf rumschwirrt:
In einem "Wahrheit"-Artikel stand was davon, daß in Schöneberg der Konflikt mit der "neuen Heimat" so läuft, daß der Mieterbeirat nur aus bestimmten Blocks gewählt wird, der existierenden Mietergruppe keiner der vielen leeren Läden zur Verfügung gestellt wird, die Arbeit also möglichst lange behindert wird, bis durch Entmietung und Abriß in der Sanierungsplanung der Zug gegen die Mieter abgefahren ist.
In Charlottenburg rief die "Mieterinitiative" zum Boykott der Beiratswahlen auf. Trotzdem wurde in 46 Häusern ein Vertreter gewählt, es ist abzusehen, daß sich im Beirat eine linke Fraktion zusammenfinden wird und damit die beabsichtigte Aufspaltung Mieterbeirat (lieb, demokratisch gewählt) - Mieterinitiative (radikal) nicht stattfindet.
Ich finde es wichtig, daß die Mietergruppen in den verschiedenen Sanierungsgebieten zumindest sowas wie einen Informationsaustausch organisieren.
Wer da Interesse hat, ruft mal an
Thilo 343 23 2o



Offener Brief

an den Ausschuß für Stadtentwicklung und die Fraktionen der SPD und der CDU des Berliner Abgeordnetenhauses!

Bürger der Bezirke Neukölln und Kreuzberg haben mit Befremden der Presse entnommen, daß der Senat an der Planung und an dem Bau der Osttangente festhält. Entsprechende Anträge hatten SPD und CDU eingebracht. Die Einschränkungen für die Osttangente beziehen sich nur auf den Baubeginn. Da die SPD über die Mehrheit verfügt, hieß in einer Berliner Tageszeitung die Schlagzeile „SPD setzte im Bauausschuß durch: Osttangente wird gebaut!".

Maßnahmen im Bezirk Kreuzberg sind nur zurückgestellt. In diesem Bezirk darf die Osttangente nicht gebaut werden, weil bauliche Strukturen, wichtige Freiflächen und soziale Zusammenhänge unwiederbringlich zerstört werden.

Die Bürgerinitiative Neukölln und mehrere befreundete Organisationen haben seit Jahren aufgezeigt, daß der Bau der Osttangente südlich der Gradestraße aus verkehrlichen Gründen nicht erforderlich und aus städtebaulichen Gründen derzeit sogar schädlich ist.

Wir wiederholen noch einmal die wesentlichen Argumente:

1. Durch den Ausbau werden bisher unbebaute Gebiete zerstört, die von der Bevölkerung bereits als Grün- und Erholungsflächen benutzt werden und deren Erhaltung für die Bevölkerung in dem mit Freizeitflächen unterversorgten Südostraum Berlins notwendig sind.
2. Weiterhin stellt eine solche Autobahn mit den notwendigen Zubringerstraßen eine zusätzliche Umweltbelastung dichter Wohngebiete dar.
3. Nach Untersuchungen der Technischen Universität Berlin haben 75 % der in der Gropiusstadt wohnenden Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in der City und im Nordwesten der Stadt. Diesen stehen als Zubringer zum Autobahnsüdring bereits heute Nordsüdverbindungen zur Verfügung, die mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen leistungsfähig ausgebaut werden können.
4. Die Gropiusstadt ist durch die U-Bahn-Linie 7 bereits ausgezeichnet an die City und die nordwestlichen Stadtgebiete angebunden. Der Bau der Osttangente als konkurrierendes Verkehrssystem würde daher erklärten verkehrspolitischen Zielsetzungen widersprechen, nämlich dem Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs vor dem Individualverkehr. Das ist bereits im Abschlußbericht des Planungsteams Nahverkehr niedergelegt und vom Senat von Berlin am 29. 10. 1974 gebilligt worden.

Aus diesen Gründen fordern wir statt der Osttangente folgende Maßnahmen:

1. **Ausbau der U-Bahn-Linie 8 von Leinestraße bis Buckow. Damit wird gleichzeitig die geplante Bundesgartenschau an das Netz des öffentlichen Nahverkehrs angeschlossen.**
2. **Verlängerung der Linie 6 von Alt-Mariendorf bis Lichtenrade.**
3. **Anlage von Park-and-Ride-Plätzen an geeigneten Schnellbahnstationen.**
4. **Ausrichtung des Buslliniensystems auf die Schnellbahnstationen.**
5. **Ausbau des vorhandenen Straßennetzes zum Autobahn-Südring, das ist der Streckenabschnitt vom Bahnhof Tempelhof bis zur Buschkrugallee Ecke Grenzallee.**

Aus allem ergibt sich die Forderung nach der vordringlichen Aufstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes im Rahmen eines Stadtentwicklungsplanes, aus dem auch die überregionalen Notwendigkeiten der Stadtautobahn begründet zu entnehmen sind.

Abschließend zitieren wir aus dem Bericht des Senats „Perspektiven der Stadtentwicklung" Seite 191:

„Ob und wo Korrekturen oder Veränderungen wünschenswert oder erforderlich sind, das sollen in Berlin vor allem diejenigen mitbestimmen, die am stärksten davon betroffen sind: die Bürger dieser Stadt."

Bürgerinitiative Neukölln e. V.
Heinz Richter, 1 Berlin 36, Reichenberger Straße 8
Bürgerinitiative am Töpchiner Weg e. V.
RA Dieter Hühner
Deutscher Werkbund e. V.
Rolf Rave
Karl-Heinz Schäfer
Prof. Julius Posener
Arbeitskreis „Wohnen in der Altstadt Neukölln"
Friedrich-Wilhelm Esche
Dr. K. H. Folkers
Bezirksverband Süden d. Kleingärtner u. Siedler EV
Rudolf Poppe

Vielleicht können mal ein paar Genoss(inn)en öfter mal was aus den Bürgerinitiativen berichten, damit man mal etwas mehr erfährt als nur Presseerklärungen, z.B. was über Arbeitsweise, Schwierigkeiten und Möglichkeiten, mitzumachen.

KURZNACHRICHTEN

Korber zum Hungerstreik:
Aktionen linksextremer Häftlinge sind von außen gesteuert. Isolierhaft ist notwendig, um chaotische Verhältnisse im Knast zu verhindern. Politische Häftlinge werden nicht anders behandelt als die übrigen knackis. Die polit.Häftlinge in W-Berlin sind nicht isoliert, bei Ulrike ist er sich da doch nicht so sicher, aber das wäre Sache des Oberla ndesgericht Stuttgart. Die Dokumentation soll das für den Zeitraum ab 15.8.74 klarstellen.
Und wer das nicht glaubt, ist ein böser Ana rchist!
Korber erkärte nämlich: Wer nach dieser Doku weiter den Vorwurf der Isohaft erhebe, tue dies wider besseres Wissen und entlarve sich als Sympathisant oder Mitläufer derjenigen, die eh nur den demokratischen Rechtsstaat diskriminieren wollen.

Weitere Stellungnahmen zum Knast:
Die Synode der Ev.Kirche unterstützte in einer Resolution die Forderung nach einer humaneren Ausgestaltung des Strafvollzugs, es sollte auch geprüft werden, ob die bisher als unbedenklich angesehene Isohaft unbekannte oder unberücksichtigte Auswirkungen haben könnte.
Der kath.Gefängnispfaffe in Tegel bekräftigte, daß es in Tegel Isohaft gibt, deren unmenschlichen Folgen man Menschen nicht aussetzen dürfte. Kein Wunder, daß der Anstalts leiter von Tegel dieser Erklärung prompt widersprach.
Mitglieder des Strafrecht-Sonderausshhusses des Bundestages meinten nach einer Knast-Sight-Seeing-Tour, sie hätten keine Anhaltspunkte für Iso-haft gefunden. Müller-Emmert (SPD) fragt sich: wem nutzt die Diskussion um dies es Thema? Der SPD sicher nicht.

Satre will mit A.Baader sprechen. Daraufhin wurde die Zwangsernährung Baaders eingestellt. Nach Ansicht der Anwälte dient diese geplante Ermordung dazu, das Gespräch mit Satre zu verhindern. Deshalb sind ca.5o Angehörige von polit.Häftlingen in einen 3-tägigen Solidaritätshunger - streik getreten.

TERMINE

Sperrmüll: am 15.11. im Märkischen Viertel

Filmtips:
Di.19Uhr3o Die Amerikanische Nacht (Truffaut, Frankreich 72)
Do.19Uhr3o Tag des Kurzfilms (Filme der 2o.Westdt.Kurzfilmtage)
Fr.19Uhr3o Paper Moon (Bogdanovich USA 72)
alle Filme in der Landesbildstelle, 21, Levetzowstr.2

-die.: -"Schneeglöckchen blühen im september" um 21uhr 1. progr.
mitt.: Verbraucherberatung in der "Brücke"(Märckisches viertel)wilhemsruher damm,13o.
-übrigens die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (1-3o,bayreutherstr.4o,t.. 9o96),bringt ab u. zu ein verBRUACHER - INFO :"Wo ist was am billigsten",raus. Verbraucherberatungssprechstunden finden regelmäßig in den verschiedenen Bezirksämtern statt.
don.: -"Irma la douce",jugendfreizeitheim Tegel,alttegel 4o um 19 uhr.

Portugal-Gruppe

In W-Berlin hat sich vor einigen Wochen eine Protugal-Gruppe gebildet, die dabei ist, die Ereignisse der letzten Monate in Portugal gründlich aufzuarbeiten und damit in Kürze eine Öffentlichkeitsarbeit beginnen will.
Wer sich dafür interessiert, soll einfach zum Plenum kommen, das jeden Donnerstag 19 Uhr am Institut für Publizistik, Rüdesheimer Str.1 stattfindet.

-heute arbeiten unsere "Volksvertreter":auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stehen,die Novellierung des UNI-GESETZES als auch die ABSCHAFFUNG des VOLKSENTSCHEID.

übrigens: vergeßt eure BADEKAPPE nicht wenn ihr baden geht(auch für Glatzköpfige

frei.:"Lehrlinge",ein film,in der Anode -Straßentheater einer Tempelhofergr. über Chile nach dem Putsch,im Focus(donaustr.83),beginn 19.3o

HALLO BUCHLADENFREAKS!
Was haltet ihr davon,in regelmäßigen abständen eine kleine(aber auch nur ganz kleine)Übersicht von den wichtigsten Neuerscheinungen(bücher,Papers,raubdrucke zu machen?

JUGENDZENTRUM

Räumung des Jugendhauses in Frankfurt Bockenheim, Varrentrappstr. am 24. Oktober 74 (Do.)

[illegible]3 stellten Jugendliche zum ersten [illegible] auf der Bockenheimer SPD-Versammlung öffenlich die Forderung nach einem Jugendhaus in Selbstverwaltung. Antwort des Jugendamtsleiters: Vor 1984 wird kein Jugendhaus in Bockenheim gebaut. Konsequenz auf diese unverschämte Anwort war die Bildung der Jugendhausinitiative Bockenheim (JIB)
Unsere Vorschläge, eines der 2o geeigneten Häuser als Jugendhaus zu nutzen wurden abgelehnt. Schließlich machte das Jugendamt uns jedoch Hoffnungen auf ein in der Varrentrappstr. seit 1972 leerstehendes Haus. Um dieses Haus haben wir seitdem ein [illegible]eivierteljahr vergeblich verhandelt, [illegible]d wurden von der SPD-Bürokratie ständig an der Nase herumgeführt. JIB schrumpfte inzwischen von anfangs 6o auf 2o aktive Mitglieder. Unsere Mobilisierungsversuche durch Feste, Flugblätter, Info-Stände, Rundfunksendungen etc. waren für die Katz, denn Verhandlungen führen, Briefe schreiben, einmal in der Woche wichtige Sachen nur diskutieren, das waren keine Perspektiven für die meisten Jugendlichen. Die einzige positiv zu nennende Aktivität aus dieser Zeit war (vielleicht außer den Festen) die Organisation der Jugendhausinitiativen und Jugendhäuser des Frankfurter Raumes im Jugendhausrat. So wurde in diesem Rahmen die Räumung desbesetzten JUZ in Fechenheim verhindert, sowieeine Kirchenvorstandssitzung gesprengt, [illegible]f der ein linksradikaler Mitarbeiter eines kirchlichen JUZ gefeuert werden sollte. Außerdem wurden für alle Jugendhausinitiativen und Jugendhäuser relevante Fragen wie Sinn und Zweck von Sozialarbeitern andiskutiert. Doch auch der Jugendhausrat kam im Sommer 1974 zum Erliegen. Es lag auf der Hand, daß eine Besetzung des Hauses die einzige Möglichkeit war, sich aus dem Verhandlungsdilemma zu befreien und endlich eine neue Stufe im Kampf zu erreichen. Nun waren gerade in diesem Jahr mehrere besetzte Häuser in Frankfurt brutal geräumt worden. Trotzdem hatte eine Besetzung Aussicht auf Erfolg weil dafür viel agitiert und mobilisiert wurde, sogar Jusos, DKP und indirekt das Jugendamt uns dazu versteckt aufgefordert haben, und vor allem, weil die SPD mit einer gewaltsamen Räumung ihr Wahlkampfgelabere vom "sozialen Fortschritt" völlig entlarven würde.
So zogen 3oo Jugendliche am 24.1o. los und besetzten das Haus.
Arndt und Polizeipräsident Müller entschieden für die sofortige Räumung. 25o Leute die sich im Haus befanden wurden verhaftet, die ersten 2o Festgenommenen sind aus dem Haus geprügelt worden, alle Männer wurden nach Waffen durchsucht. Im Polizeipräsidium waren bis zu 1oo Festgenommene in einem Saal, bei allen Festgenommenen wurden erkennungsdienstliche Maßnahmen ergriffen. Den Rest der Nacht und den folgenden Tag bis zum späten Nachmittag verbrachten die meisten in den Zellen umliegender Städte. Arndt behauptete mehrmals gegenüber der Presse, die Übergabe des Hauses an die Jugendlichen sei schon am 8. Oktober beschlossen worden. Polizeipräsident Müller behauptete sogar Freitag nacht, das Haus solle am darauf folgenden Samstag den Jugendlichen übergeben werden. Weiter aus Arndts Märchenstunde: Das Hause habe unter der Besetzung sehr gelitten; es ginge den Besetzern nicht um ein Jugendhaus, sondern um eine bewußte Provokation des KBW vor den Landtagswahlen. (Der KBW hat von der Besetzung erst erfahren, als alle schon im Haus waren.) Arndts unverschämtester Angriff war die Drohung, daß die 6 städtischen Bediensteten, 3 Lehrlinge, 2 Arbeiter und 1 Angestellte, die sich zum Zeitpunkt der Räumung im Haus aufhielten, gekündigt werden müßten. Diese wurden auch promt im Verlaufe dieser Woche dem Amtsjuristen vorgeführt und verhört. Für Mittwoch den 3o.1o haben die Lehrlinge schon eine Versammlung der Lehrlinge der Städtischen Betriebe angesetzt.
Die Jugendlichen haben mit Ständen in den Stadtteilen und Flugblättern in den Schulen über ihren Kampf informiert. Die SPD-Ortsbezirke Bockenheim und Westend haben öffentlich gegen die polizeiliche Räumung Stellung bezogen und das Vorgehen der Polizei verurteilt. 13 Gerichtsrefrendare wandten sich in einer Resolution gegen die Räumung, gegen die Strafanzeigen und die angedrohten Entlassungen und forderten die sofortige Übergabe des Hauses an die Jugendlichen.

Dieser Artikel wurde im letzten INFO nicht abgedruckt, weil "die Redaktion" ihn nicht für aktuell genug hielt. Wer sich also wundert, was er jetzt hier drin sucht: das ist ein Lückenfüller !
Um 2 Uhr früh fällt einem halt nichts besseres ein, wenn man sieht, daß noch eine Seite leer ist.

INHALT

INFO - BUG:1-21 Stephanstrae 6o
Tel.:3958o83
Mittwochs 19.3o PLENUM
Sonntags ab 18.oo Redaktiorsitz.

KAMMERGERICHTSPRÄSIDENT

Am 10.11. wurden mehrere schüsse auf den berliner kammergerichtspräsidenten v.drenkmann in seinem haus abgegeben. Der gerichtspräsident erlag im krankenhaus seiner verletzungen. Die polizei hat nach sieben unbekannten, die in zwei wagen flüchteten, die fahndung aufgenomme.. Der kammergerichtspräsident ist der oberste richter in berlin. Er selbst hat keine richterliche funktion mehr ausgeübt. Seine amtsbefugnisse erstrecken sich auf präsidiale geschichten, d.h. ausschließlich verwaltung. An raf-verfahren ist er von daher nur sehr indirekt beteiligt gewesen.

lied für holger

wir müssen uns dagegen wiren
'daß sie unsere freunde eisperren
wie lang soll'n wir noch arten

was die uns von oben serieren
ein mord nach dem anderer
jetzt muß endlich was pasieren

im fernsehen hab'n sie's ns
aufgetscht
den holger meins hat's imknast
erwisch

mit schläuchen und spritzn
hab'n sie ihn traktiert
und hätten ihn vorher
schon abseriert

holger war im hungerstreil
schon seit 9 chen
und ließ sich nicht durch
isolation unterchen

doch was uns von holger gaz
bestimmt bleil
daß sein vorbild im kampf
uns zum widerstand treibt.

text vom putte-musik-kolletiv

GIL F